

1. Kongress der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund,

Bern, 7. Februar 2015

- Manifest
- Resolution 1 bezüglich Flüchtlingspolitik
- Resolution 2 Sans-Papiers
- Resolution 3 Folgen der
Masseneinwanderungsinitiative
- Resolution 4 Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

1. Kongress der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund,
Bern 7. Februar 2015

Wir alle sind die Schweiz!

Demokratie, Partizipation und gleiche Rechte für alle! Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung ... für uns, die wir bereits in der Schweiz leben und die, die noch kommen werden.

Die Diskussionen in den letzten Jahren über Minarette, schwarze Schafe, Ausschaffung, Masseneinwanderung und Etopop (trotz der Ablehnung) haben gezeigt, dass fremdenfeindliche Haltungen und rassistische Politik in der Schweiz mehrheits- und salonfähig geworden sind. Grosse Teile der Schweizer StimmbürgerInnen, PolitikerInnen und Medien sehen Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend als Problem und Bedrohung.

Exponenten der SVP haben sich klar gegen die Personenfreizügigkeit und für die Wiedereinführung von Kontingenten und dem Saisonierstatut geäussert. Das heisst, dass für alle EU-BürgerInnen wieder Kontingente eingeführt und prekärste Kurzarbeitsbewilligungen ausgestellt werden sollen, die keinen Familiennachzug erlauben. Es sollen zwar so viele Migrantinnen und Migranten zugelassen werden, wie die Wirtschaft braucht, aber mit möglichst wenig Rechten. Migrantinnen und Migranten werden nur in Hinblick auf ihren Nutzen für die Schweiz bewertet. Dies gilt nicht nur für die Menschen, die in Zukunft ins Land kommen werden, sondern auch für uns, die wir längst hier leben, von der eingebürgerten Seconda bis hin zum Sans-Papiers. Früher hiessen wir Fremde und „Usländer“, heute Menschen mit Migrationshintergrund. Die Bezeichnungen ändern, die Diskriminierung bleibt. Dabei sind wir weder ein „Problem“ noch ein reiner „Kosten-Nutzen-Faktor“ für die Schweiz, sondern längst Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes, die das Leben hier mitgestalten. Daher fordern wir gleiche Rechte und ein Ende der rechtlichen, politischen, kulturellen, ökonomischen und institutionellen Diskriminierung.

Wir sind keine Konjunkturpuffer und billigen Arbeitskräfte im Dienste des Schweizer Wohlstands und des Lohndumpings, sondern Menschen mit Recht auf Würde und freie Wahl unseres Lebensmittelpunktes! Migration hat viele gute Gründe: Familienzusammenführung, Liebe, Neugier, Abenteuerlust, der Wunsch, sich woanders ein neues Leben aufzubauen und glücklich zu werden. Aber auch Flucht vor Armut, Diktaturen, Kriegen, geschlechterspezifischen, politischen und religiösen Verfolgungen, Krisen, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit.

Die Schweiz ist ein durch Migration geprägtes Land, das auch in Zukunft wirtschaftlich, kulturell und sozial auf Migration angewiesen sein wird:

- *Rund ein Drittel des gesamten Arbeitsvolumens wird in der Schweiz durch Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass bewältigt. Ohne Migration können Branchen wie das Gesundheitswesen oder das Gastgewerbe die gute Qualität ihrer Dienstleistungen nicht mehr gewährleisten.*
- *Die Schweizer Wirtschaft deckt einen grossen Teil ihres Bedarfs an qualifizierten Fachkräften und unqualifizierten Arbeitskräften mit Zuwanderung.*

- *Migrantinnen und Migranten in der Schweiz tragen mehr zu den Sozialversicherungen bei als sie beziehen. Trotzdem werden sie im öffentlichen Diskurs vor allem als Profiteure wahrgenommen.*
- *Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund bereichern die Schweizer Gesellschaft kulturell und sozial und bringen Fortschritt und Innovation.*

Es gibt kein Einwanderungsproblem. Sondern viele Gerechtigkeitsprobleme, weltweit, in Europa, in der Schweiz!

Die wirtschaftlichen Ursachen der weltweiten Migration stehen oft in direktem Zusammenhang mit ausbeuterischen Wirtschaftsformen, die den Wohlstand in der Schweiz und anderen westlichen Ländern begünstigen, aber das Überleben in den Herkunftsländern erschweren.

Uns alle eint zudem der Wunsch, in einer solidarischen und vielfältigen Gesellschaft zu leben und der Wille, uns dafür politisch einzusetzen.

Wir Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund erleben in der Schweiz Ausgrenzung und Diskriminierung – wegen unseres Aufenthaltsstatus, unserer Hautfarbe, unserer Sprache, unseres Namens, unserer Kultur, Religion, unseres Geschlechts und unserer Lebensweise. Einige von uns sind viel schlechter dran als andere, doch uns alle eint das Wissen, in diesem Land weniger wert zu sein, und die Sorge, dass dies auch für unsere Kinder und Kindeskiner noch gelten wird.

Die Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung führt die Schweiz – ein Land, das die Menschenrechtskonvention unterzeichnet hat – immer mehr in die Sackgasse und stellt nicht nur die Rechte der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund in Frage, sondern generell die Grund- und Menschenrechte. So z.B. das Recht mit der Familie zusammen zu leben.

Wir wollen aktiv werden für eine neue Wahrnehmung der Schweiz und der Migration!

Wir Migrantinnen, Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund – und Menschen, die sich mit uns solidarisieren – wollen zusammen mit allen antirassistischen Kräften und VerteidigerInnen der Menschenrechte in diesem Land eine neue starke Kraft bilden, die gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung solidarisch für eine, offene und vielfältige Gesellschaft kämpft!

Was wir tun wollen:

- Wir wollen die Organisationen der Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zusammenbringen mit dem Ziel, dadurch eine Kraft und eine gewichtige Stimme in der politischen Landschaft der Schweiz zu werden.
- Wir werden das Recht aller in der Schweiz lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Kultur und Aufenthaltsstatus auf Gleichbehandlung und

Nichtdiskriminierung in der Gesellschaft einfordern und verteidigen, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Schul- und Bildungssystem, im Rechtswesen, im Gesundheitsbereich, in der politischen Mitbestimmung (aktiv und passiv) und im Kulturbetrieb.

- Wir werden das Recht auf Aufenthaltssicherheit und Bewegungsfreiheit, das Recht auf Familienleben und das Recht auf exportierbare Sozialleistungen – insbesondere auch für die rechtlich stark ausgegrenzten Gruppen der AsylbewerberInnen, Flüchtlinge, Roma, Sinti und Jenischen, Sans-Papiers und PendlermigrantInnen – verteidigen und fordern deren Ausweitung auf die gesamte Migrationsbevölkerung.
- Wir fordern das Recht auf ein Schul- und Bildungssystem, das nicht auf Diskriminierung oder Selektion aufgebaut wird, sondern das wahre Integration und Chancengleichheit verfolgt und die Vielfalt als Normalität wahrnimmt.
- **Wir setzen uns dafür ein, dass Migration als positiver und selbstverständlicher Teil der Gesellschaft angesehen und akzeptiert wird.**
- Wir setzen uns dafür ein, dass endlich anerkannt wird, dass es für einen grossen und wachsenden Teil der Bevölkerung vollkommen normal und legitim ist, sich zu mehreren Kulturen und Ländern zugehörig zu fühlen. Das ist kein Problem, sondern längst Realität.
- Wir wollen, dass endlich anerkannt wird, dass alle hier lebenden Menschen, mit oder ohne Schweizer Pass, zusammen "die Schweiz" sind, und nicht nur das selbsterwählte „Schweizer Volk“.

Migration ist eine Realität in unserer globalisierten Welt und in der Schweiz. **Wir sind keine „Fremden“, sondern Teil der Gesellschaft und wir wollen auch als solche handeln, wahrgenommen und respektiert werden!**

Wir sind da. Wir bleiben. Wir werden mehr. Wir brauchen keine Integrationsmassnahmen, sondern fordern Demokratie für alle, gleiche Rechte, Partizipation und Teilhabe, und zwar nicht erst übermorgen! Nicht nur für uns, die wir schon da sind, sondern auch für die, die noch kommen werden.

Resolution 1) bezüglich Flüchtlingspolitik

Asyl für Flüchtlinge ist ein Gebot der Menschlichkeit!

Noch nie waren seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Die Situation in Eritrea und besonders der schreckliche Krieg in Syrien haben Millionen von Menschen in die Flucht getrieben. Die meisten Flüchtlinge sind Vertriebene im eigenen Land oder fliehen in die umliegenden Länder. Auch wenn es in den Medien so dargestellt wird, versuchen verhältnismässig wenige nach Europa zu kommen. Diese verzweifelten Menschen nehmen jetzt schon grosse Gefahren auf sich und riskieren ihr Leben, um Krieg und Elend zu entkommen – und sie werden dies auch in Zukunft tun.

Obwohl mittlerweile weithin bekannt ist, dass viele Menschen, darunter auch viele Alte, Frauen und Kinder auf der Flucht ihr Leben verlieren, tun wir nichts, um zu verhindern, dass diese Menschen gefährliche Fluchtwege auf sich nehmen müssen. Einzig eine grosszügige finanzielle Unterstützung der Länder, welche Flüchtlinge aufnehmen und vor allem die grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen durch die reichen Länder helfen, die Situation zu entschärfen.

Die globalen Ursachen für Flucht stehen nicht selten in direktem Zusammenhang mit ausbeuterischen Wirtschaftsformen, die den Wohlstand in Ländern wie der Schweiz begünstigen, sowie mit dem Neo-Kolonialismus.

1. Wir unterstützen deshalb die Forderung, dass die Schweiz als Sofortmassnahme 100'000 syrische Flüchtlinge, die vom UNHCR direkt aus den Flüchtlingslagern zu uns gebracht werden (sogenannte Kontingentsflüchtlinge) aufnehmen soll. Wir fordern ausserdem zusätzliche Gelder für die Flüchtlingshilfe und -betreuung in Syrien.
2. Wir verlangen, dass Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen und derzeit nur als sogenannte „vorläufig Aufgenommene“ in der Schweiz bleiben können, als Flüchtlinge anerkannt werden und nach drei Jahren eine reguläre Aufenthaltsbewilligung bekommen. Erfahrungsgemäss können die meisten der „vorläufig Aufgenommenen“ lange Zeit nicht zurück in ihr Heimatland und bleiben schliesslich in der Schweiz. Weil sie aber jahrelang in einem prekären Status leben, haben sie kaum Chancen, an der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt teilzuhaben. Die „vorläufige Aufnahme“ sollte deshalb abgeschafft werden.
3. Wir verlangen würdige Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen: angemessene Wohnverhältnisse in der Nähe zu Stadtzentren und mit Zugang zu Tageslicht, genügend Duschen und hygienischen Anlagen, Küchen,

Kommunikationsmitteln (Telefon & Internet) sowie mit genügend Platz für ein Mindestmass an Privatsphäre.

*1. Kongress der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund,
Bern, 7. Februar 2015*

Resolution 2) Sans-Papiers

Kein Mensch ist illegal!

Sans-Papiers sind Menschen, die in Ländern wie der Schweiz leben und arbeiten, aber keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben. Sie kommen in der Regel aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union. Solche sogenannten Drittstaatenangehörige haben keine Chance, legal Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt zu erhalten, weshalb sie entweder ohne Bewilligung hier leben oder den Weg über das Asylverfahren gehen müssen.

Viele Sans-Papiers arbeiten in privaten Haushalten, im Gastgewerbe, in der Sexindustrie, in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Sie leben in der ständigen Angst, entdeckt, angezeigt und ausgeschafft zu werden. Die meisten Sans-Papiers leben und arbeiten in sehr prekären Verhältnissen. Sie werden in der Regel schlecht bezahlt und können sich, obwohl ihnen als Arbeitnehmende die gleichen Rechte wie allen anderen zustehen sollten, kaum gegen ausbeuterische ArbeitgeberInnen zur Wehr setzen.

Dabei sind gerade die Kinder der Sans-Papiers oft in der Schweiz geboren oder kamen bereits als Kleinkinder hierher. Für sie gibt es kein anderes Heimatland als die Schweiz! Zwar anerkennt die Eidgenossenschaft, dass Kinder besonderer zusätzlicher Rechte bedürfen, die in der Kinderrechtskonvention (KRK) definiert sind: So können sie inzwischen in den meisten Städten und Gemeinden zur Schule gehen und dürfen von den Lehrkräften nicht angezeigt werden. Das war vor nicht allzu langer Zeit anders, als zehntausende Kinder von Saisoniers jahrelang versteckt leben mussten, um mit ihren Eltern zusammenleben zu können. Dies darf im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nicht mehr geschehen.

Da sie von keiner Sozialversicherung profitieren dürfen, können Sans-Papiers nur deshalb in der Schweiz leben, weil es für sie offensichtlich einen Arbeitsmarkt gibt. ArbeitgeberInnen profitieren gleich mehrfach von ihrer schwachen Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Beispielsweise können Sans-Papiers jederzeit gekündigt werden, wenn die ArbeitgeberInnen sie nicht mehr benötigen. In den letzten Jahren wurden etliche Fälle publik, etwa von SVP-PolitikerInnen, die Sans-Papiers anstellten. Das zeigt, dass viele ArbeitgeberInnen in der Schweiz am liebsten mehr solche Arbeitskräfte ohne Rechte hätten!

1. Wir fordern die Regularisierung aller Sans-Papiers, die in der Schweiz leben; das beinhaltet den Zugang zu Sozialversicherung.

2. Wir fordern substanziell mehr Bewilligungen für Arbeitnehmende aus sogenannten Drittstaaten.
3. Wir fordern die Ausdehnung des Kriteriums „wirtschaftliches Interesse“ bei der Vergabe von Arbeitsbewilligungen auf die Bereiche Hausarbeit, Gastronomie und Tourismus, Landwirtschaft, Sexindustrie und Baugewerbe.
4. Wir fordern die Streichung des Tatbestands des illegalen Aufenthaltes von der Katalogliste von Verbrechen, die zu einer automatischen Ausschaffung und einem 5- bis 15-jährigen Einreiseverbot führen, wie der Ständerat sie im Rahmen der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative nachträglich eingeführt hat (Art.66a, Ziffer1, Lit.k StGB).
5. Wir fordern, dass niemand aufgrund von Arbeitslosigkeit aus der Schweiz ausgewiesen werden kann – auch dann nicht, wenn die Person nach Ende des Bezuges von Arbeitslosentaggeld arbeitslos bleibt.

Resolution 3) Folgen der Masseneinwanderungsinitiative (MEI)

Gleiche Rechte für alle Migrantinnen und Migranten!

Für zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund, welche in der Schweiz leben, haben die bilateralen Verträge mit der EU und die damit verbundene Personenfreizügigkeit zu einer wesentlichen Verbesserung der Rechtssituation geführt. EU-Bürgerinnen und -Bürger haben seither die gleichen Rechte auf dem Arbeitsmarkt, Aufenthaltssicherheit und das Recht, unabhängig von der Art der Aufenthaltsbewilligung und vom Einkommen mit ihrer Familie in der Schweiz zu leben. Die Annahme der MEI am 9. Februar 2014 hat diese Rechte in Frage gestellt.

Die MEI hat nicht nur Auswirkungen auf zukünftige Einwanderung, sondern auch auf das Leben der bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund, also auf uns. Die Art und Weise, wie die VerfechterInnen der MEI Einwanderung in der Öffentlichkeit ausschliesslich als Problem, ja als Horrorszenario, an die Wand malen, ist für uns entwürdigend, beleidigend und verletzend. Wir fordern ein Ende derartiger politischer Kampagnen und des Dauerwahlkampfes von SVP & Co. auf unserem Rücken.

1. Wir verlangen die Weiterführung der bilateralen Verträge und Personenfreizügigkeit mit der EU.
2. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Übergangsbestimmungen für neue EU-Staaten (z.B. Rumänien und Bulgarien) im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens.
3. Wir fordern, dass die mit der Personenfreizügigkeit verbundenen Rechte, welche derzeit nicht einmal alle EU-Bürger_innen in der Schweiz haben, erhalten bleiben und ausgedehnt werden auf alle Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund aus sogenannten Drittstaaten, die in der Schweiz leben. Die Rassismusbekämpfung muss eine feste öffentliche Aufgabe werden.
4. Alle Menschen, welche in der Schweiz arbeiten, sollen in Bezug auf Lohn und Arbeitsbedingungen gleich behandelt werden. Migrantinnen und Migranten dürfen nicht als flexible und billige Arbeitskräfte zur Prekarisierung des Arbeitsmarktes und für Lohndumping missbraucht werden. Wir fordern deshalb einen Ausbau der flankierenden Massnahmen, welche Lohn- und Sozialdumping verhindern sollen. Insbesondere fordern wir aus aktuellem Anlass, dass die Löhne von GrenzgängerInnen nicht unter dem Vorwand der Frankenstärke gekürzt werden dürfen – keine Euro-Löhne!
5. Wir lehnen die Wiedereinführung von Kurzaufenthaltsbewilligungen wie dem Saisonierstatut und anderen Formen von prekären Aufenthaltsbewilligungen, welche die Menschen von einem Arbeitgeber abhängig und damit auch ausbeutbar machen, entschieden ab. Menschen sind keine „Konjunkturpuffer“ für den Arbeitsmarkt und auch kein Kosten-Nutzen-Faktor.

6. Wer in der Schweiz Sozialversicherungsbeiträge bezahlt, muss auch das Recht haben, diese in einem anderen Land zu beziehen. Es soll jedem Menschen möglich sein, frei zu entscheiden, wo er/sie sich nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben niederlassen will.
7. Wir fordern, dass ausländische Diplome und Abschlüsse in der Schweiz unbürokratisch anerkannt werden.
8. Wir fordern das kommunale Stimm- und Wahlrecht für alle volljährigen Bewohner_innen der Schweiz.
9. Wir fordern das Recht auf Einbürgerung nach fünf Jahren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und vorherigen Bezug von Sozialhilfe. Wir fordern den Ersatz direktdemokratischer Einbürgerungsverfahren an der Urne – die wissenschaftlich nachweislich diskriminierend sind – durch formalrepräsentative, transparente und schweizweit vereinheitlichte Verfahren mit entsprechender rechtlicher Einsprachemöglichkeit für die Antragstellenden.
10. Führt die Umsetzung der MEI zu einer Verschlechterung der Lage der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund, dann wird der Kongress der Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund das Umsetzungsgesetz mit allen Mitteln, einschliesslich einem Referendum, bekämpfen.

Resolution 4) Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

Ausschaffung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist Unrecht!

Das Parlament diskutiert zur Zeit die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative der SVP. Diese Initiative will, dass Menschen ohne Schweizer Pass, die straffällig geworden sind, in ihr vermeintliches Heimatland ausgeschafft werden. Die Umsetzung der Initiative, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen wird, bedeutet, dass auch Menschen, die in der Schweiz geboren sind und immer hier gelebt haben, wenn sie beispielsweise wegen Drogendelikten verurteilt werden, nicht nur bestraft, sondern auch aus der Schweiz ausgewiesen werden. Und dies obwohl sie ihre Familie und alle ihre sozialen Kontakte in der Schweiz haben! Zudem darf man nicht vergessen, dass die Annahme und Umsetzung der Ausschaffungsinitiative mit einer medialen Berichterstattung in Verbindung steht, in der sogenannte „Ausländerkriminalität“ in diskriminierender Weise immer wieder ungerechtfertigt skandalisiert wird.

Die Ausschaffungsinitiative ist menschenrechtswidrig, weil sie eine automatische Ausschaffung ohne individuelle Prüfung der Verhältnismässigkeit verlangt. In diesem Punkt hat die vorberatende Kommission des Ständerates einen Verbesserungsvorschlag gemacht, der aber unserer Meinung nach viel zu wenig weit geht.

Heimat ist dort, wo man aufgewachsen ist, wo man den Lebensmittelpunkt hat. Menschen, die in der Schweiz aufgewachsen sind, aber keinen Schweizerpass haben, sind Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie diejenigen mit Schweizer Pass.

1. Wir fordern deshalb, dass, wer in der Schweiz aufgewachsen ist oder seinen Lebensmittelpunkt hier hat, nicht ausgeschafft werden kann.
2. Wir fordern ausserdem, dass Kinder von Migrantinnen und Migranten, welche in der Schweiz geboren werden und hier wohnen, automatisch das Schweizer Bürgerrecht bekommen (*ius soli*).